

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum
am 23.05.2013

Tagungsort: Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Bielefeld,
Löschabteilung Gadderbaum/Bethel, Quellenhofweg 36

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Frau Schneider (SPD)

CDU

Frau Bacso

Herr Kögler

Herr Weigert

SPD

Herr Baum

Herr Heimbeck

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Brunnert

Frau Flegel-Hoffmann

Frau Herting

Frau Pfaff

BfB

Herr Witte

FDP

Herr Spilker

Entschuldigt fehlen:

Herr Lichtenberg (Bündnis 90/Die Grünen)

Frau Thiel-Youssef (Die Linke)

Von der Verwaltung:

Herr Müller, Ortschaftsreferat Bethel

Frau Schreiber, Immobilienservicebetrieb

Herr Spree, Amt für Verkehr

Herr Hellermann, Bezirksamt Brackwede

Frau Imkamp, Bezirksamt Brackwede, Schriftführerin

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Bezirksbürgermeisterin Schneider begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur heutigen 37. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum form- und fristgerecht erfolgt und die Bezirksvertretung beschlussfähig sei.

Änderung der Tagesordnung:

Frau Schneider schlägt vor, TOP 6 „Haller Weg – Mögliche Anlage eines Fahrradschutzstreifens“ vorzuziehen, da Herr Spree noch in einem anderen Gremium berichten müsse, sowie TOP 7 „StadtParkLandschaft“ im Anschluss zu behandeln, sobald die Berichterstatteerin Frau Schreiber anwesend sei.

Sodann ergeht folgender

Beschluss.

Die Tagesordnungspunkte 6 und 7 werden vorgezogen und nach Tagesordnungspunkt 2 verhandelt.

-einstimmig beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 1 **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Gadderbaum**

Zu Punkt 1.1 **Errichtung einer öffentlichen Grillfläche in Gadderbaum - Einwohnerfrage von Herrn Fred Müller**

Herr Fred Müller, Saronweg 41, 33617 Bielefeld:

„Kann im Stadtbezirk Gadderbaum eine öffentliche Grillfläche/ ein öffentlicher Grillplatz eingerichtet werden?“

Frau Schneider sagt die schriftliche Beantwortung der Frage durch die Fachverwaltung zu.

-.-.-

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 35. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 25.04.2013**

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 35. Sitzung der Be-

zirksvertretung Gadderbaum vom 25.04.2013 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-:-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

1. „Zukunft Mobielefeld“

Frau Schneider teilt mit, dass voraussichtlich in der nächsten Sitzung mit einer Vorstellung des Konzeptes „Zukunft Mobielefeld“, betreffend den Stadtbezirk Gadderbaum, durch das Amt für Verkehr und moBiel GmbH zu rechnen sei.

2. Unterschriftenliste zum Erhalt der Bürgerberatung Gadderbaum

Herr Heimbeck teilt mit, dass er eine Unterschriften-Aktion zum Erhalt der Bürgerberatung Gadderbaum initiiert habe und verweist auf im Stadtbezirk ausliegende Listen. Die Aktion würde bereits eine große Resonanz erfahren.

Die Bezirksvertretung nimmt die Mitteilungen zur Kenntnis.

-:-

Zu Punkt 4 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

-:-

Zu Punkt 4.1 Eröffnung des Gadderbaumer Sportparks - Antwort auf die Anfrage der SPD-Fraktion vom 25.04.2013

„Wann wird der Sportpark Gadderbaum (offiziell) eröffnet?“

Zusatzfrage: Warum konnte er bis dato noch nicht eingeweiht werden?“

Herr Hellermann verweist auf die Antwort des Sportamtes:
Im Dezember 2012 sei im Sportpark Gadderbaum provisorisch der Trainings- und Spielbetrieb aufgenommen worden. Auch der Asphalt für die Laufbahnen sei eingebracht und die Pflasterarbeiten seien abgeschlossen worden. Der Verein SuK Canlar Bielefeld habe mit seinen Eigenleistungen, der Errichtung der Spielfeldbarriere, begonnen.

In der 20. Kalenderwoche sei das Auftragen der Kunststoffschicht auf die Laufbahnen vorgesehen. Daran anschließend könnten die Markierungsarbeiten vorgenommen werden. Die Einzäunung werde gerade fertiggestellt und in der 21. Kalenderwoche solle das Granulat eingebracht wer-

den. Wenn die Wetterverhältnisse alle Arbeiten zuließen, könnte eine Eröffnung Anfang Juni erfolgen.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 6 Haller Weg - Mögliche Anlage eines Fahrradschutzstreifens

*verhandelt nach
TOP 2*

Herr Spree, Amt für Verkehr, stellt die mögliche Anlage eines Fahrradschutzstreifens an Hand von Grafiken vor (s. Anlage 1 zur Niederschrift) und stellt die erweiterte Planung anschließend zur Diskussion.

Herr Spilker gibt zu bedenken, dass durch das Vorhaben zahlreiche Parkplätze entfallen würden, die derzeit eventuell auch von Besucherinnen und Besuchern des Botanischen Gartens genutzt werden würden. Im Übrigen wirkten die parkenden Kraftfahrzeuge auch geschwindigkeitshemmend, da die Verkehrsteilnehmer bei Gegenverkehr zwangsläufig ihre Geschwindigkeit reduzieren müssten.

Herr Spree bestätigt den Wegfall einiger Parkplätze und weist zu dem vorgebrachten Punkt der geschwindigkeitshemmenden Wirkung von parkenden Fahrzeugen darauf hin, dass eine Markierung die Fahrbahn gleichfalls optisch verenge und dies ebenfalls zu einer Verringerung der Geschwindigkeit führen könne.

Herr Heimbeck befürwortet das vorgestellte Vorhaben grundsätzlich. Das Radwegenetz, und hier insbesondere die Verbindung Quelle – Gadderbaum, könne durch die Anlage eines Schutzstreifens sicherlich optimiert werden. Zudem würde die für Fahrradfahrer zeitweilig kritische Situation, bedingt durch am Rand parkende Fahrzeuge, verbessert und die Sicherheit für diese Verkehrsteilnehmer erhöht. Bezüglich der wegfallenden Parkplätze sehe er grundsätzlich kein Problem, da diese Fläche meist für Anhänger mit Firmenwerbung genutzt werde und nicht von Anwohnern, die in der Umgebung leben würden. Allerdings weist er auch darauf hin, dass die vorgestellten Planungen nicht umgesetzt werden sollten, bis die Bauarbeiten im Bereich des Haller Wegs /Langenhagen endgültig abgeschlossen seien.

Herr Baum fügt ergänzend hinzu, dass dort parkende Autos häufig Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel zuzuordnen seien, die auf Grund des bestehenden Parkplatzmangels in Bethel auf diese Fläche ausweichen würden. Zudem seien diese Parkplätze kostenfrei.

Herr Witte begrüßt das Vorhaben ebenfalls, da die zurzeit bestehende Gefahr für Radfahrer sicherlich höher zu bewerten sei als ein eventuell

bestehendes Parkplatzproblem. Ebenfalls bekräftigt er aus eigener Erfahrung, dass dort keine Anwohner parken würden.

Frau Pfaff erinnert daran, dass der am 29.11.2012 gefasste Beschluss der Bezirksvertretung dem Ziel dienen sollte, die Verbindungen zwischen dem Wohngebiet Botanischer Garten und den v. Bodelschwingh-Schulen, insbesondere für Schulkinder, zu optimieren. Die erweiterte Planung über den Knotenpunkt hinaus stelle eine absolute Verbesserung dar, der die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sicherlich zustimmen werde.

Anschließend fasst die Bezirksvertretung auf Vorschlag von Frau Schneider folgenden

Beschluss:

Den erweiterten Planungen des Amtes für Verkehr wird in der vorliegenden Form (s. Anlage 1 zur Niederschrift) zugestimmt. Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Fachverwaltung um die Ausfertigung einer entsprechenden Beschlussvorlage.

- mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

*verhandelt vor
TOP 3*

StadtParkLandschaft - Aufbau und Weiterentwicklung touristischer Infrastrukturen in Bielefeld / Wettbewerb zur Umsetzung der Maßnahmen:

- Besucherinformationszentrum Sparrenburg**
- Informationspunkt Johannisberg**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5599/2009-2014

Frau Schreiber, Immobilienservicebetrieb, erläutert die Beschlussvorlage und geht dabei insbesondere auf die unter Ziffer 2 des Beschlussvorschlages geforderte Anpassung des Entwurfs für den Informationspunkt Johannisberg ein. Im Rahmen des Realisierungswettbewerbs sei der Entwurf des Architekten Max Dudler vor allem im Hinblick auf die überzeugende Planung des Besucherinformationszentrums Sparrenburg ausgewählt worden und mit dem 1. Preis bewertet, wenngleich sich das Preisgericht für den in identischer Bauweise vorgesehenen Informationspunkt Johannisberg eine Überarbeitung gewünscht habe. Da der Punkt personell nicht besetzt werden würde, müsse der Gang zwischen Sanitär- und Informationsbereich heller und einsehbarer gestaltet werden. Die neuesten Planungen zeigten nun, dass der östliche Teil des Gebäudes in Form eines länglichen „Riegels“ um 180 Grad gedreht werde und die Öffnungen nun nach außen zeigen würden, weshalb der kritisierte Durchgang komplett entfalle. Der westliche Teil des Informationspunktes werde nun mit Glasfronten durchsetzt, sodass eine kristallene Form entstehe. Im Übrigen werde der Mehrzweckraum verkleinert und das Personal-WC entfalle.

Zu der in der anschließenden Diskussion von Herrn Witte und Herrn

Brunnert vorgebrachten Kritik, dass die ursprünglich geplante Gestaltung der Fassade mit Rohbeton einem Bunker gleiche, führt Frau Schreiber aus, dass dies nicht das Ziel gewesen sei. Vielmehr solle durch den Einsatz von sog. Stampfbeton eine künstlich erzeugte muschelkalk- bzw. natursteinähnliche Oberfläche entstehen. Problematisch erweise sich neben der Finanzierung allerdings auch, einen geeigneten Hersteller zu finden. Gegebenenfalls werde man Sichtbeton einsetzen müssen, der dann eine ähnlich strukturierte Oberfläche aufweise.

Herr Spilker befürchtet, dass der Infopunkt am Johannisberg eine geklonte Version des Besucherinformationszentrums an der Sparrenburg werden könne. Dies verneint Frau Schreiber und verweist in Bezug auf das gewünschte „Corporate Design“ darauf, dass sich diese Vorgabe vornehmlich auf die Materialwahl beziehe.

Frau Schreiber macht nochmals deutlich, dass zeitnah mit der Realisierung der Projekte begonnen werden müsse, da die Fördergelder des Regionalen Wirtschaftsförderprogramms beantragt werden müssten. Es sei wünschenswert, wenn diese wichtigen Infrastrukturmaßnahmen bis zum Stadtjubiläum im Jahr 2014 fertig gestellt seien.

Frau Paff kritisiert, dass der Stadtentwicklungsausschuss die Vorlage bereits beschlossen habe, ohne dass ein zustimmendes Votum der Bezirksvertretung Gadderbaum vorgelegen hätte.

Unabhängig davon zeigt sich Frau Schneider erfreut darüber, dass die Fachverwaltung die Kritik der Bezirksvertretung Gadderbaum aufgenommen habe und dass der Informationspunkt Johannisberg entsprechend geändert werden solle.

Anschließend ergeht folgender

Beschluss:

- 1. Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt die Beschlussvorlage in 2. Lesung zur Kenntnis.**
- 2. Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet den Immobilienservicebetrieb die geänderten Planungen für den Informationspunkt Johannisberg fortzusetzen und bittet zeitnah um Vorstellung der endgültigen Ergebnisse.**

-einstimmig beschlossen-

Zu Punkt 8

Barrierefreier Fußweg durch das Bohnenbachtal zwischen Ebenezerweg und Remterweg

Frau Schneider verweist auf TOP 2 des vorliegenden Vermerks über die Ergebnisse der projektbezogenen Sitzung „Tiefbau und Verkehr“ vom 14.05.2013:

„Frau von der Gracht stellt den aktuellen Sachstand „Neue Wege für das

Bohnenbachtal“ an Hand von Plänen vor. Der geplante Fußweg verlaufe parallel zum Bohnenbach und sei durchgängig ca. 1,50 Meter breit. Mobilitätseingeschränkten Menschen würden Aufstellflächen/Ausbuchtungen seitlich des Fußweges geboten, damit auch Begegnungsverkehr möglich werde. Ab dem Bohnenbachweg verlaufe zusätzlich zu dem Fußweg ein Therapiereitweg (gebundene Mulchdecke) bis zum Remterweg in Richtung Reitstall Enon, auf dem Pferde geführt werden könnten. Problematisch bei den Planungen erweise sich immer wieder, dass der Abschnitt komplett im Landschaftsschutzgebiet liege, Altablagerungen eingetragen seien und der Artenschutz berücksichtigt werden müsse.

Darüber hinaus berichtet Frau von der Gracht über eine durchgeführte Umfrage in den umliegenden Häusern und Werkstätten: Diese habe ergeben, dass ca. 700 mobilitätseingeschränkte Menschen dieses neue Netz nutzen würden, da die Wegebeziehungen optimal ausgestaltet seien und die Menschen zusätzlich die „Natur erfahren“ könnten. Auch die Mamre-Patmos-Schule, die den Park zzt. bereits intensiv nutze, würde von den Neuerungen profitieren. Für diesen angesprochenen Personenkreis sei der Komplex „Leben-Arbeit-Freizeitgestaltung“ enorm wichtig, und dieser könne durch die Umgestaltung positiv verstärkt werden. Dadurch werde auch eine Öffnung Bethels nach „außen“ vollzogen. Der Umbau erfolge, vorbehaltlich der Zustimmung des Landschaftsbeirates Ende Mai, voraussichtlich in drei Abschnitten:

- 1. Ebenezerweg – Bohnenbachweg (Fertigstellung in 2013/2014)*
- 2. Bohnenbachweg – Remterweg*
- 3. Eventueller Anschluss im südlichen Teil an den Lindenhof*

Auf Nachfrage von Frau Pfaff macht Frau von der Gracht deutlich, dass es auf dem geplanten Fußweg durch das Bohnenbachtal grundsätzlich kein Problem mit Begegnungsverkehr zwischen mobilitätseingeschränkten Menschen geben könne- durch Sichtbeziehungen zwischen den einzelnen Aufstellflächen könne dies verhindert werden. Im Übrigen sei der Weg nicht als Radweg ausgewiesen, wobei das Befahren auch nicht ausdrücklich verboten sei.

Die anwesenden Mitglieder der Bezirksvertretung befürworten die vorgestellte Planung.“

Auf Nachfrage von Herrn Heimbeck erläutert Herr Müller, Ortschaftsreferent Bethels, dass eine Anbindung zu den Werkstätten Eicheneck zwar wünschenswert und der Bedarf auch vorhanden, aber die Finanzierung nicht sichergestellt sei.

Herr Baum fügt hinzu, dass die Anbindung eine andere Wegeföhrung voraussetze und auf Grund des vorhandenen Gefälles schwierig umzusetzen sei. Der Umbau erfolge zunächst Abschnitt für Abschnitt.

Herr Brunnert sieht keine Bedenken bezüglich des Landschaftsschutzes, da es sich lediglich um die Weiterführung bereits vorhandener Wege handele –im Gegensatz zu einem kompletten Neubau-. Das Vorhaben sei planerisch absolut vertretbar.

Herr Heimbeck befürwortet die entstehende Barrierefreiheit und sieht ebenfalls keine Beeinträchtigung des Landschaftsschutzgebietes.

Anschließend bittet Frau Schneider die Mitglieder der Bezirksvertretung um ihr Votum. Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum befürwortet die vorgestellten Planungen zum barrierefreien Fußweg durch das Bohnenbachtal zwischen Ebenezerweg und Remterweg (s. Anlage 2 zur Niederschrift).

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Freibad Gadderbaum - Aktueller Sachstand

Frau Pfaff berichtet zum aktuellen Sachstand. Der Rat der Stadt Bielefeld habe in seiner Sitzung am 16.05.2013 folgenden Beschluss mit großer Mehrheit gefasst:

1. *„Der Rat teilt die von der Verwaltung in der Drucksache Nr. 5466/2009-2014 vom 19.03.2013 vertretene Feststellung, dass aufgrund der dramatischen Haushaltslage weder direkt noch indirekt städtische Mittel für die Sanierung des Freibades Gadderbaum zur Verfügung gestellt werden können.*
2. *Der Rat folgt der Bitte der Bezirksvertretung Gadderbaum insoweit, als er dem Gadderbaumer Freibadverein einen Zeitraum bis Ende März 2014 gewährt, damit dieser eine alternative Finanzierungsmöglichkeit finden und eine haushaltsneutrale Sanierung des Freibades darstellen kann.*
3. *Die Gesellschafterversammlung der Bielefelder Bäder und Freizeit GmbH wird gebeten, bis Ende März 2014 keinen entgegenstehenden Beschluss zu fassen und insbesondere nicht den Abriss des sanierungsbedürftigen Freibades zu veranlassen.*
4. *Für den Fall, dass es zu einem Bürgerentscheid auf Basis des eingeleiteten Bürgerbegehrens kommen sollte, empfiehlt der Rat, diesen Bürgerentscheid zeitgleich mit einer allgemeinen Wahl durchzuführen.“*

Ebenso habe die Gesellschafterversammlung der Bielefelder Bäder und Freizeit GmbH (BBF) am 17.05.2013 beschlossen, dass diese der Bitte des Rates nachkomme und die Beschlussfassung zur endgültigen Betriebseinstellung des Freibades Gadderbaum bis Ende März 2014 zurückstelle.

Darüber hinaus berichtet Frau Pfaff von dem initiierten Online-Spendenportal „www.zusammenschaffen.de“, über das kleinere und größere Summen für den Erhalt und die Sanierung des Gadderbaumer Freibades gespendet werden könnten. Der aktuelle Spendenstand liege derzeit bei ca. 25.000,- Euro. Unabhängig davon sei das bisher gezeigte bürgerschaftliche Engagement in dieser Angelegenheit enorm.

Herr Brunnert äußert sich positiv über den bisherigen Verlauf des Verfahrens, insbesondere dass die beteiligten Gremien der Stadt und die Gesellschafterversammlung der BBF der Bitte der Bezirksvertretung Gadderbaum nachgekommen seien und dass dem Förderverein nun mehr Zeit zustehe, die erforderlichen Stimmen zu sammeln und alternative Finanzierungsmöglichkeiten durch Dritte zu finden.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Zu Punkt 10.1 **Umgestaltung und Umnutzung des ehemaligen Bildhauer-
raums der Musik- und Kunstschule zu einem Café sowie Er-
richtung einer Terrasse**

Herr Hellermann verliest dazu folgende Mitteilung des Dezernats „Schule/ Bürger / Kultur“:

„Die Bezirksvertretung Gadderbaum hat am 29.11.2012 die geplante Umgestaltung und Umnutzung des ehemaligen Bildhauerraums in der Musik- und Kunstschule zu einem Café und der Errichtung einer Terrasse zur Kenntnis genommen. Die dafür erforderlichen Arbeiten sollten Kosten in Höhe von 80.000,- Euro verursachen, die im Wirtschaftsplan des Immobilienservicebetriebs (ISB) bereitgestellt und über entsprechende Mietzahlungen refinanziert werden sollten. Der Kulturausschuss hatte den Planungen am 05.12.2012 zugestimmt.

Diese wurden sowohl im Betriebsausschuss des ISB als auch in der Bezirksvertretung Mitte kontrovers diskutiert. Daraufhin hat sich proWerk bereit erklärt, die Kosten für die Errichtung der Terrasse inklusive der Kosten der Abrisskosten für die dort derzeit stehenden Garagen zu übernehmen. Darüber hinaus zahlt proWerk die Ausstattung der Terrasse mit Tischen und Stühlen.

Durch die Umnutzung des Archivraums zu einem Café ist der Nachweis von vier zusätzlichen Stellplätzen erforderlich. Diese Stellplätze können südlich im Anschluss an den vorhandenen Parkplatz unterhalb der Musik- und Kunstschule angelegt werden. Darüber ist bereits mit der Umweltverwaltung Konsens erzielt worden. Die Kosten für die Herstellung dieser vier Parkplätze tragen ebenfalls proWerk. Der ISB beabsichtigt darüber hinaus vier weitere Stellplätze anzulegen, die zur Linderung der schwierigen Parkplatzsituation an der Musik- und Kunstschule beitragen sollen.

Mit der Ausführung der Arbeiten soll Anfang September begonnen werden.

Im Oktober 2012 haben die v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel, Stiftungsbereich proWerk, und die Stadt Bielefeld, Musik- und Kunstschule, eine Absichtserklärung unterzeichnet, in der u. A. wesentliche Inhalte des zwischen den Hauptparteien abzuschließenden Hauptvertrages fest-

gelegt wurden. Nunmehr wird zeitnah der Hauptvertrag mit den bekannten Eckwerten zwischen den Parteien erarbeitet und abgestimmt. Da proWerk nunmehr eine zusätzliche Summe in Höhe von 55.000,- Euro über die bereits vorher zugesagte Summe von 75.000,- Euro in die Erstellung einer Terrasse und der Stellplätze investiert, haben sich die Parteien darauf verständigt, dass der Hauptvertrag eine Mindestlaufzeit von zehn Jahren haben muss.

Die Nachtragsvorlage, Drucksachenummer 4745/2009-2014/1, die diesen neuen Sachverhalt beinhaltet, wurde sowohl von der Bezirksvertretung Mitte als auch vom Betriebsausschuss des ISB am 30.04.2013 einstimmig beschlossen.“

Frau Schreiber, Immobilienservicebetrieb, erklärt auf Nachfrage von Herrn Heimbeck, dass die Eröffnung des Cafés im März 2014 geplant sei und ergänzt, dass der Abriss der Garagen sowie die Herstellung der Terrasse bis September dieses Jahres erfolgen sollen, und dass der Umbau der Räumlichkeiten in der Musik- und Kunstschule voraussichtlich im Winter vorgenommen werden würde.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10.2 Geänderte Verkehrsführung am Martiniweg - Aktueller Sachstand

Herr Hellermann berichtet, dass es seit Änderung der Verkehrsführung im September 2012 –nach Aussage des Amtes für Verkehr- keine weiteren Unfälle, insbesondere mit Fahrradfahrern, gegeben habe. Laut Mitteilung des Bezirksdienstbeamten der Polizei wachse die Akzeptanz, wenngleich diese zu Hauptverkehrszeiten noch ausbaufähig wäre. Kontrollen würden regelmäßig stattfinden. Die bereits vorhandenen Stauungen zu Zeiten des Berufsverkehrs hätten sich ein wenig verlängert. Die Belastung der benachbarten Straßen sei im Interesse der Verkehrssicherheit allerdings vertretbar.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-